

KOMMENTAR

Harald Feiber

Erneuerungsprozess in NRW muss zügig weitergehen

Für die künftige Entwicklung des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes werden am 9. Mai die Weichen gestellt. Dann entscheiden die Bürger, wie die neuen Mehrheitsverhältnisse im Düsseldorfer Landtag aussehen werden. Bis zum Wahltag bleibt es spannend: Kann sich die schwarz-gelbe Landesregierung behaupten, reicht es für Rot-Grün oder bildet sich ein Bündnis aus Union und Ökopartei?

Stabilitätsfaktor in der Krise

Bei dem Wählervotum haben die Mitarbeiter und Inhaber der 179.000 Handwerksbetriebe zwischen Rhein und Ruhr ein gewichtiges Wort mitzureden. Schließlich bildet der Wirtschaftszweig mit über einer Million Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 106 Milliarden Euro das Herz des nordrhein-westfälischen Mittelstands. Er sorgt für die Mehrzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze und hat sich als Stabilitätsfaktor in der weltweiten Finanzkrise erwiesen.

Für das Handwerk in Nordrhein-Westfalen ist denn auch klar: Die kommende Regierung muss gute Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Betriebe schaffen, gleich welche Parteien sie letztendlich bilden. Aus diesem Grund hat die Handwerksorganisation mit den übrigen Spitzenverbänden der NRW-Wirtschaft nun Wahlprüfsteine vorgelegt, an denen sich die Bürger in unserem Bundesland vor der Stimmabgabe orientieren können.

Erwartungen klar formuliert

In dem umfangreichen Katalog sind die Erwartungen der Wirtschaft an die künftige Landespolitik klar und eindeutig formuliert. Die Palette der angesprochenen Themen reicht von dem Vorschlag, die Risikohaftung der Banken auszuweiten, bis zu der Forderung, das System der Dualen Berufsausbildung zu stärken.

Alle Punkte folgen einem Grundgedanken: NRW kann seine Wachstumskräfte nur entfalten, wenn bürokratische Hindernisse fallen, wenn Privat vor Staat geht.

Bei konsequentem Handeln sind Erfolge in der Wirtschaftspolitik durchaus möglich, so haben wir in den letzten fünf Jahren erlebt. Das Kabinett unter NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat einen mittelstandsfreundlichen Kurs nicht allein beschworen, sondern tatsächlich gesteuert. Von der Einrichtung der STATERCENTER NRW bis zur Öffnung der Hochschulen für Handwerksmeister sind viele wegweisende Beschlüsse gefallen, die im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen liegen und ihre Position im Wettbewerb stärken.

Mehr Geld für Kommunen

Jetzt kommt es darauf an, diesen Kurs weiter zu verfolgen. Dabei ist es wichtig, die Finanzkraft der Kommunen zu verbessern. Gerade für das Handwerk sind die Städte und Gemeinden im Bundesland wichtige Partner und Auftraggeber. Die neue Landesregierung ist also gut beraten, Initiativen zum Überwinden der leidigen Haushaltslöcher zu ergreifen. An der politischen Basis sind neue Spielräume zur Gestaltung des Lebensumfelds notwendig – nicht zuletzt, um das Vertrauen in unsere Demokratie zu festigen.

Gleich wie die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ausgehen wird – es bleibt viel zu tun. Die Folgen des Strukturwandels nach dem Niedergang der Montanindustrie im Ruhrgebiet und im Aachener Revier sind nämlich noch längst nicht gemeistert. Das Handwerk und die übrige Wirtschaft stehen aber bereit, sich in den anstehenden Erneuerungsprozess aktiv einzubringen und ihn zügig voranzutreiben.

Ausstellung in Landesvertretung: NRW-Handwerk zeigt Flagge im EU-Zentrum

Energieeffizienz bringt neue Chancen

Brüssel. Der effiziente Umgang mit Energie wird ein Schwerpunkt der europäischen Politik in den kommenden fünf Jahren sein. Mit dem Aktionsplan 2010 - 2014 will die neu berufene Kommission deutliche Fortschritte in dieser Frage erreichen. Die EU-Administration sieht im Handwerk einen wichtigen Partner bei der Verwirklichung ihrer Ziele, den Energieverbrauch zu senken und regenerative Quellen wie Sonnen- und Windkraft besser zu nutzen. Das verdeutlichte eine Podiumsdiskussion des Westdeutschen Handwerkskammertags (WHKT) in der Brüsseler NRW-Vertretung.

180.000 Betriebe, mehr als eine Million Beschäftigte – in Nordrhein-Westfalen bildet das Handwerk einen Wirtschaftsfaktor von zentraler Bedeutung. Viele seiner Unternehmen bringen technische Innovationen hervor und haben geschäftlich die Grenzen überschritten. Beispiele für die Leistungsfähigkeit des NRW-Handwerks zeigte eine Schau im Foyer der Landesvertretung, an der sich 23 Firmen aus dem Rheinland und aus Westfalen beteiligten. Den Aachener Kammerbezirk vertrat die Schreinerei Brammert, die sich auf den Bau hochwertiger Türen und Fenster spezialisiert hat und inzwischen rund 20 Prozent ihres Umsatzes bei Kunden in der belgischen Hauptstadt erzielt, und das Dürener Bauunternehmen Lück + Wahlen GmbH, das Spezialaufgaben im Hoch- und Tiefbau löst und aufwendige und zeitintensive Arbeiten im Ausland erledigt.

Ansatz bei KMU

Mit Blick auf die Zukunft kommt es der Düsseldorfer Landesregierung darauf an, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern, betonte Staatssekretär Michael Mertes in seinen Begrüßungsworten. Der Mittelstand leiste nämlich einen wesentlichen Beitrag, um die Wettbewerbsfähigkeit des Bundeslandes zu stärken und seine Position als wichtigster Handelspartner der Benelux-Staaten zu festigen.

Neue Perspektiven auch für deutsche Handwerksunternehmen können aus der energiepolitischen Strategie der Gemeinschaft erwachsen. Der Aktionsplan, der im März verab-



Mit Betriebsprofilen präsentierten sich zwei Dutzend Handwerksunternehmen aus NRW in der Brüsseler Landesvertretung. Den Kammerbezirk Aachen vertraten Tischlermeister Eduard Brammert und seine Ehefrau Alice – hier im Gespräch mit Handwerkspräsident Otto Kentzler.

Foto: Harald Feiber

schiedet worden ist, zielt auf eine Verbesserung der Energieeffizienz, erläuterte Philip Lowe, Chef der Generaldirektion Energie und enger Mitarbeiter des deutschen Kommissars Günter Oettinger. Einen Ansatzpunkt zur Verwirklichung konkreter Maßnahmen sieht er beim Mittelstand. Er habe das Know-how, um technische Lösungen in die Praxis umzusetzen. Für die Brüsseler Kommission sei denn auch klar: „Wir müssen bei den kleinen und mittleren Unternehmen ansetzen.“

Angetan von dieser Einschätzung des hohen EU-Beamten zeigte sich Otto Kentzler, Präsident der Handwerkskammer Dortmund und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Auf dem Feld der Energieeffizienz könne „eine Menge passieren“, meinte er und erinnerte zum Beispiel an die Kompetenz der Fachbetriebe als Experten für Kraft-Wärme-Kuppelung. Ihre Sachkunde hätten die Unternehmen bei der Umsetzung des Programms zur energeti-

schenden Gebäudesanierung in Deutschland bewiesen.

„Energiekosten runter, Mieten rauf – das kann nicht die Lösung sein“, warnte der Europa-Parlamentarier Dr. Markus Pieper. Besser als neue Regelungen zu erfinden sei es, Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Bürger in allen Mitgliedsländern sollten einsehen, dass die Gemeinschaft erheblich mehr für den Klimaschutz ausgeben müsse. Europäische Gelder zur Steigerung der Energieeffizienz sollten in die Strukturförderung eingebunden werden, um den Aufbau einer neuen bürokratischen Struktur zu vermeiden.

Einhelliges Fazit der Podiumsrunde, die Dr. Ortwin Weltrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer zu Köln und Vorsitzender des WHKT-Arbeitskreises Europa, leitete: Die Neuorientierung der EU-Energiepolitik eröffnet Marktchancen, die sich die Unternehmen im Wirtschaftszweig Handwerk nicht entgehen lassen dürfen.

Wahlprüfsteine: NRW-Handwerk und Wirtschaftsorganisationen formulieren Erwartungen an die Arbeit der künftigen Landesregierung

Dem Haftungsprinzip mehr Geltung verschaffen

Düsseldorf. Es ist der erste und damit wichtigste Punkt im gemeinsamen Forderungskatalog der Wirtschaftsorganisationen: Dem Haftungsprinzip als dem grundlegendem Merkmal einer Sozialen Marktwirtschaft soll künftig „wieder mehr Geltung verschafft werden“.

Das Handwerk hat dieses Kernanliegen der mittelständischen Wirtschaft als zentrale Botschaft der „Wahlprüfsteine“, auf die sich die drei großen Wirtschaftsorganisationen verständigt haben, durchgesetzt. Ein klares Signal an die nächste Landesadministration, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Vertrauenskrise nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Konkret mahnen der Nordrhein-Westfälische Handwerkskammertag (NWHKT), die Unternehmer NRW und die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern mehr Transparenz auf den Finanzmärkten, mehr Selbstbehalt von Risiken und eine angemessene Haftung der Entscheidungsträger im Bankensektor an. „Durch eine mit der Zunahme von Risiken ansteigen-

de Eigenkapitalunterlegung können die Finanzmärkte stabilisiert werden“, meint die NRW-Wirtschaft und fordert das größte Bundesland auf, sich für eine solche Regulierung einzusetzen. Im Einzelnen sei dabei „nach Risiko der Geschäfte und Systemrelevanz der Kreditinstitute“ zu unterscheiden.

„Eine auf Freiheit und Selbstverantwortung beruhende Wirtschaftsordnung kommt ohne Haftung der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer nicht aus: Wer den Nutzen hat, muss auch für den Schaden aufkommen“, begründet NWHKT-Präsident Prof. Wolfgang Schulhoff den Vorstoß für die Wirtschaftsorganisationen.

Die Sorge um eine Überschuldung der Städte und Gemeinden veranlasst die Spitzenorganisationen der Wirtschaft ferner, einen „Konsolidierungspakt NRW“ anzumahnen. Sie sprechen sich für die Einführung einer ertragsorientierten Kommunalsteuer auf breiter Grundlage mit Hebesatzrecht als Ersatz für die Gewerbesteuer aus, die „keine planbare Einnahmeposition“ darstelle.

Ein weiterer zentraler Teil der Forderungen der NRW-Wirtschaft lässt sich unter die Überschrift „Kontinuität, aber Korrekturen im Detail“ stellen. Ausdrücklich lobt das Papier den von der jetzigen Regierungskoalition

Anzeige

digitale Großbildtechnik

Logowerke.de
Otto-Lilienthal-Straße 2
D-52477 Alsdorf
Telefon 02404/66441

eingeschlagenen mittelstandspolitischen Kurs des Vorrangs privater vor öffentlicher Leistung im Gemeindefortschritt und die erreichte Flexibilisierung im Vergabewesen. Beides stärke die lokale Wirtschaft.

Allerdings hinke der Verwaltungsvollzug noch hinterher.

Bürokratische Praktiken und Berichtspflichten sollten abgebaut werden, unterstreichen die Spitzenverbände der NRW-Wirtschaft. Mehr Städte und Gemeinden müssten sich um eine Zertifizierung als mittelstandsfreundliche Kommune bewerben. Sie und die Öffentliche Hand insgesamt seien gehalten, die Auftragsvergabe fair zu gestalten; Unternehmen müssten sich „unabhängig von ihrer Größe“ bewerben können. Auch sei die Belastungswirkung von Vorschriften künftig „verbindlich zu ermitteln und zu dokumentieren.“

Der bildungspolitische Forderungskatalog der NRW-Wirtschaft gipfelt in der modellhaften Einführung eines Schulfachs Wirtschaft zunächst an den Realschulen. Letztlich müssten jedoch in allen Schulformen die begonnenen Ansätze zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife „systematisch verankert werden“.

„Die Gleichwertigkeit beruflicher, schulischer und Hochschulischer Bil-

dung ist durch verbesserte Anrechnungsmodelle und angemessene Bewertung beruflicher Qualifikationen zu unterstreichen“, so der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für die Region Aachen, Ralf W. Barkey. „Das Land muss sich an der Modernisierung der Berufsbildungszentren ihrer Bedeutung entsprechend beteiligen.“

Konkrete Erwartungen stellen die Wirtschaftsorganisationen auch an eine künftige Energiepolitik des Landes. Danach sollen die Einnahmen aus Emissionshandel und der Ökosteuern in die heimische Wirtschaft reinvestiert werden: für Strompreiskompensationen und Klimaschutzmaßnahmen wie die energetische Gebäudesanierung im gewerblichen, kommunalen und privaten Bereich. Die Energieforschung soll breit gefächert und technologieneutral ausfallen und „politisch erwünschte Energien“ nicht einseitig begünstigen. Die Landesregierung soll sich eindeutiger als bisher für einen funktionierenden Wettbewerb auf allen Energiemärkten stark machen.